

Energiewende ist Klimaschutz

Der Klimawandel ist eine der dringendsten Herausforderungen unserer Zeit. Für uns in Baden-Württemberg heißt das: Wir müssen unseren Treibhausgas-Ausstoß gegenüber 1990 um 95 Prozent senken. Damit dies gelingt, benötigen wir eine saubere Energieversorgung – also erneuerbare Energien. Gleichzeitig müssen wir sparsamer mit Energie umgehen und die Energieeffizienz steigern. Für ein konsequentes Ende der Energiewendeschwundung braucht es klare Regeln.

ERNEUERBARE AUSBAUEN

Strom aus den erneuerbaren Energien Wind und Sonne ist mittlerweile **konkurrenzlos günstig**. Erste große Photovoltaik-Anlagen und Windparks kommen ganz ohne staatliche Zuschüsse aus. Ohne immer weitere politische Hürden würde der weitere Ausbau zu einem Selbstläufer werden.

KERNFUSION UND ANDERE IDEEN

Auch wenn es ein „sicheres“ Atomkraftwerk oder einen „sicheren“ und „funktionsfähigen“ Fusionsreaktor geben würde und der Müll „gefahrlos“ entsorgt werden könnte: Der Atomstrom wären – verglichen mit Wind und Sonne – viel zu teuer. Um überhaupt wirtschaftlich tragfähig zu sein, benötigen heutige AKWs langfristige staatliche Abnahmegarantien zu völlig überhöhten Preisen.

Der BUND kämpft für eine beschleunigte Energiewende in Bürger*innenhand.



Was kann ich tun?

Der BUND engagiert sich seit über 40 Jahren gegen Atomkraft, **organisiert und unterstützt Protest** wie die Menschenkette Neckarwestheim - Stuttgart im Jahr 2011, lässt fundierte **Gutachten** zu den Risiken der Atomkraft erstellen, streitet mit **Stellungnahmen** oder auf dem Klageweg für den am wenigsten gefährlichen Umgang mit den stahlenden Risiken und setzt sich auf allen Ebenen für die **Energiewende** ein.

WIR BRAUCHEN IHRE UNTERSTÜTZUNG

Wechseln Sie zu einem Anbieter ohne Atomstrom! Der BUND-Regionalstrom in Kooperation mit EWS Schönau fördert dabei aus Naturschutzsicht besonders empfehlenswerte Erneuerbare-Energien-Anlagen:

www.bund-regionalstrom.de

Setzen Sie selbst auf einen sparsamen Umgang mit Energie!

www.bund-bawue.de/energiesparen

Engagieren Sie sich beim BUND!

www.bund-bawue.de/mitmachen/

Unterstützen Sie unseren Einsatz mit einer Spende, online oder per Überweisung. Spenden an den BUND sind steuerlich absetzbar.

www.bund-bawue.de/spenden



ATOMKRAFT IN BADEN-WÜRTTEMBERG



Betrieb der Atomkraftwerke

Stilllegung und Abriss

Entsorgung und Endlagerung

Impressum: Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Baden-Württemberg, Marienstr. 28, Stuttgart. **Vi.s.d.P.:** Fritz Mielert. **Bildnachweise:** Gustavo Alabiso/BUND BaWü, Jodie Taylor/BUND BaWü, Jörn Gebhardt/Adobe Stock. **Stand:** März 2019

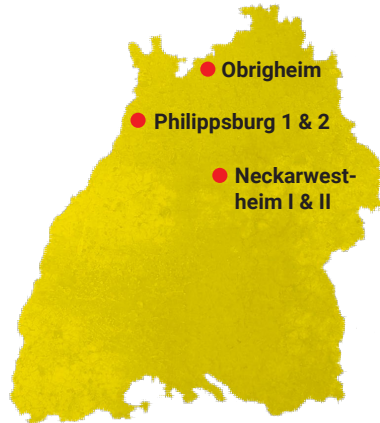
Das Ende des Atomzeitalters

Deutschland hat den **Atomausstieg bis Ende 2022** beschlossen. Doch so lange gilt: Schwere Unfälle sind jederzeit möglich, der Katastrophenschutz ist mangelhaft.

Neben **Forschungsreaktoren** in Furtwangen, Karlsruhe, Stuttgart und Ulm wurden in Baden-Württemberg seit 1965 **fünf kommerzielle Atomreaktoren** errichtet, die alle dem Energieriesen EnBW gehören. Von diesen fünf Reaktoren wurde als erster **im Jahr 2005 Obrigheim abgeschaltet**.

FUKUSHIMA

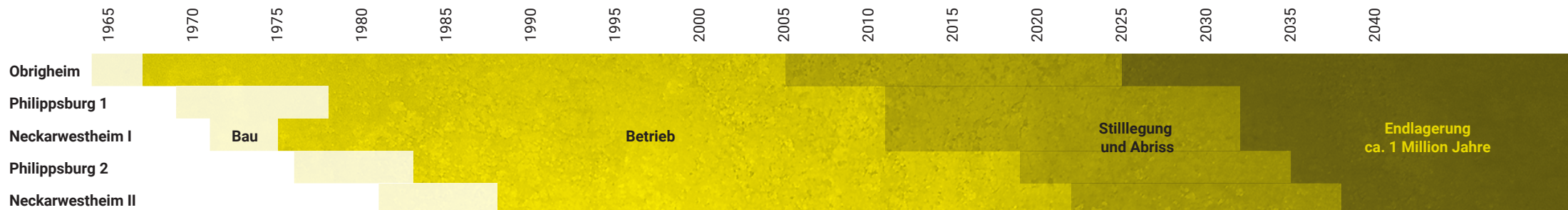
Unmittelbar nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima wurden **2011 bundesweit acht AKWs abgeschaltet**. In Baden-Württemberg waren Philippsburg 1 und Neckarwestheim II betroffen. Außerdem wurden Abschaltpläne für die übrigen AKWs festgelegt.



AKW-Standorte in Baden-Württemberg

Hiernach soll **Philippsburg 2 Ende 2019** endgültig vom Netz gehen; **Neckarwestheim II soll Ende 2022** als letztes deutsches AKW folgen. Diese beiden Reaktoren erzeugen momentan noch rund ein Drittel des in Baden-Württemberg verbrauchten Stroms.

Der BUND kämpft für den sofortigen endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft.



Bis zur grünen Wiese?

Der Abriss von Atomkraftwerken gestaltet sich deutlich schwieriger und zeitaufwändiger als ihr Bau. Das liegt daran, dass etliche Bauteile eines AKWs radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren und nun ebenfalls strahlen. **Wo diese Abfälle gelagert werden, wenn noch kein Endlager existiert, ist bisher ungeklärt.** Um Mensch und Umwelt nicht zu gefährden, müssen deshalb beim Abriss besondere Sicherheitsanforderungen eingehalten werden.

Die EnBW geht davon aus, dass der **Abriss jeweils 10-15 Jahre** dauert. Bis dann sollen alle radioaktiv verstrahlten Bauteile eines AKWs verpackt oder schon abtransportiert sein. Die übrigen Teile oder Bauten können anschließend entweder konventionell, d.h. ohne die Beachtung von Strahlenschutzvorschriften, abgerissen oder anderweitig genutzt werden.

ZWEIFELHAFTE ZWISCHENLAGER

Doch damit sind noch längst nicht alle Atom-Anlagen an den Standorten verschwunden. An den Standorten Neckarwestheim und Philippsburg wurden **neue Bauten** errichtet.

So entstanden **Zwischenlager**, in denen Behälter mit hochradioaktiven Brennelementen stehen, **Reststoffbearbeitungszentren**, in denen schwach- und mittelradioaktive Bauteile und Abfälle aus dem Abriss verpackt werden, und **Standortabfalllager**, in denen diese Abfälle zwischengelagert werden.

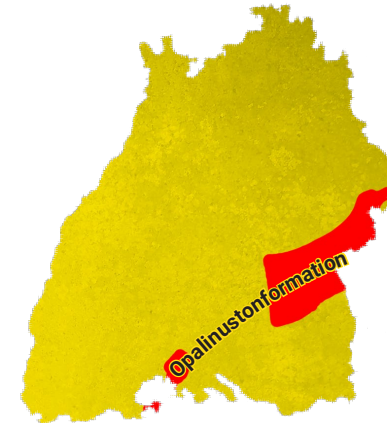
Zu den Anträgen auf Abrissgenehmigung wurden umfangreiche, wenn auch folgenlose Beteiligungen der Öffentlichkeit durchgeführt; die Antragsverfahren zu neuen Bauten fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Der BUND setzt sich für eine Absenkung von Grenzwerten und höchste Sicherheit beim AKW-Abriss ein.

Und ewig strahlt der Müll

Wie lange die Zwischenlager an den jeweiligen Standorten existieren werden, ist bisher nicht abzusehen. Denn die bundesweite Suche nach einem Standort für ein Atommüll-Endlager beginnt erst. Es geht um 300.000 Kubikmeter Müll!

Ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll muss eine Million Jahre dicht bleiben und die Strahlung sicher abschirmen. Infrage kommen hierfür nach heutiger Kenntnis Salzstöcke, kristalline Gesteine und Tonschichten.



Tonschicht in Baden-Württemberg nach BGR 2007

ZWISCHEN ZÜRICH UND ULM

Eine möglicherweise geeignete Tonschicht, der sogenannte Opalinuston, erstreckt sich aus Richtung Zürich über Ulm bis nach Bayern. Diese wird eventuell in den nächsten Jahren umfangreich untersucht. In der Schweiz laufen entsprechende Erkundungen schon.

FREIEMESSEN

Um die Abfallmenge zu reduzieren, wurde das Freimessen entwickelt. Hierbei wird überprüft, ob die Radioaktivität von Stoffen bestimmte Grenzwerte unterschreitet. Wenn dies der Fall ist, dürfen die Abfälle auf normale Deponien.

Der BUND fordert eine transparente und ergebnisoffene Endlager-Suche. Die Entsorgung von freigemessenen Abfällen auf Deponien oder in den Stoffkreislauf lehnen wir ab.